

Fair Trade — aber für wen?

Gespräch mit Iman Rahmana

von Warsito Ellwein

Den Leiter des Sedane Labour Information Center, Iman Rahmana, interviewte Warsito Ellwein nach dessen Besuch einer Clean-Clothes-Campaign-Veranstaltung in Mülheim im Februar 2003 für die südostasien.

Das Sedane Labour Information Center beschäftigt sich nicht nur mit den Problemen der indonesischen ArbeiterInnen, sondern unterstützt sie auch in ihrer Arbeit. Es ermöglicht ihnen und den GewerkschafterInnen Seminare, Trainings- und Diskussionsveranstaltungen zu organisieren. Daneben ist das Sedane Labour Information Center auch an dem Aufbau eines Netzwerkes von Gewerkschaften in Indonesien beteiligt.

Frage: *Sind seit der Öffnung der Märkte im Rahmen der Globalisierung bereits viele ausländische Investoren nach Indonesien gekommen und hat dies zu einem Einstellungswandel seitens der Unternehmer gegenüber den Beschäftigten geführt?*

Iman Rahmana: Wenn man sich auf die groben Daten aus den indonesischen Zeitungen verlässt, wird deutlich, dass innerhalb der letzten zwei Jahre sowohl die ausländischen wie auch die lokalen Investitionen massiv rückläufig sind. Das liegt an der wirtschaftlichen Krise, die die Investitionskosten teurer macht, was wiederum die Konkurrenzfähigkeit der indonesischen Exportprodukte schwächt. Am deutlichsten zeigt sich dies in der Bekleidungs- und Textilindustrie, aber auch in den Leder verarbeitenden Bereichen wie der Schuhproduktion. In diesen Industriezweigen sind während der letzten drei Jahre viele Fabriken bankrott gegangen, oder die Investitionen wurden in andere Länder verlagert. Es gibt noch einen weiteren Faktor, der den Investitionsbereich in Indonesien enorm schä-

digt, und das ist die Überflutung des Marktes mit Schmuggelwaren, was wiederum mit der gesunkenen Kaufkraft der indonesischen KonsumentInnen zu tun hat. Diese eingeschmuggelten Waren machen den einheimischen Markt für Bekleidung und Textilien kaputt. Die Vereinigung der indonesischen Textilunternehmer *Asosiasi Pengusaha Pertekstilan (API)* ist schon erfolgreich dabei, die Regierung unter Druck zu setzen, eine gesetzliche Verordnung zum Schutz des einheimischen Textilmarktes zu erlassen.

Die Rechtsunsicherheit, die fragile Situation des Bankensektors sowie die noch nicht stabile politische Lage sind weitere Faktoren, die für die geringen Investitionen mit verantwortlich sind. In einer solchen Situation tritt Indonesien mit pessimistischen Gefühlen in die Epoche des Freihandels ein. In den ehemals führenden Bereichen des Exports — abgesehen von den Öl- und Gasexporten natürlich — wie der Bekleidungs-, Textil- und Schuhindustrie ist jetzt schon klar, dass Indonesien große Schwierigkeiten hat, mit einem Konkurrenten wie Vietnam mithalten zu können.

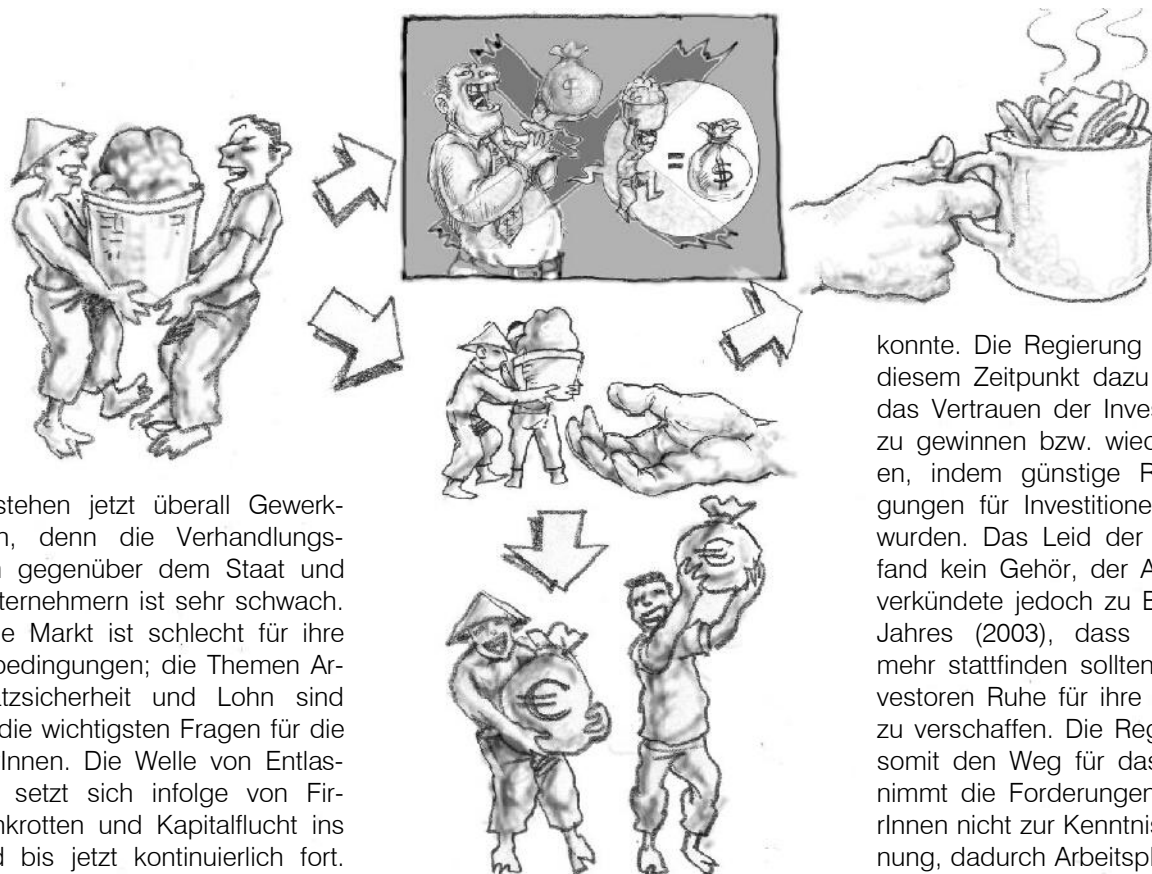
Einige Unternehmen können diesem Druck noch standhalten und machen irgendwie weiter. Die schwierige Situation zwingt sie, die Produktionskosten zu senken, um überhaupt noch mit anderen Produkten konkurrieren zu können. Denn von allen Kosten, die das Unternehmen hat — wie die Beschaffung der Investitionsgenehmigungen, die Beschaffung von Rohprodukten und Grundmaterialien bis hin zur Lieferung der Waren an den Einzelhandel-

sind es nur die Produktionskosten, die möglicherweise gesenkt werden oder zumindest weiterhin niedrig gehalten werden können.

Das flexible Element unter den Produktionskosten ist nun mal der Arbeitslohn. Es dürfte somit nicht weiter überraschen, dass aufgrund der Wirtschaftskrise in vielen Fabriken der Arbeitslohn in den letzten zwei Jahren nicht mehr gestiegen ist. Die Regierung beschließt dennoch jedes Jahr ein Ansteigen des gesetzlich festgelegten Mindestlohn, der von den Unternehmern gezahlt werden muss. Dieser bereits erhöhte Mindestlohn ist aber noch viel zu niedrig, um einen angemessenen Lebensstandard zu halten. Dennoch kommen die Unternehmer der Zahlung dieses Mindestlohns nur mit Schwierigkeiten nach. Nominal steigt der Mindestlohn zwar jedes Jahr, doch real ist dieser Anstieg bedeutungslos, da er die Inflationsrate nicht annähernd ausgleicht. Das heißt, dass die ArbeiterInnen einen Lohn erhalten, der noch nicht einmal mit dem gesetzlichen Standard des Mindestlohns übereinstimmt. Die Lebensqualität der ArbeiterInnen nimmt also ab und wird noch weiter runter gedrückt.

Gibt es bereits einige Initiativen seitens der ArbeiterInnen, um der neuen Situation zu begegnen, die durch den Freihandel und die Öffnung der Märkte nach dem Beitritt zum Asian Free Trade Agreement (AFTA) entstanden ist?

Der Autor ist Mitglied im Vorstand des Trägervereins der Südostasien Informationsstelle.



Es entstehen jetzt überall Gewerkschaften, denn die Verhandlungsposition gegenüber dem Staat und den Unternehmern ist sehr schwach. Der freie Markt ist schlecht für ihre Arbeitsbedingungen; die Themen Arbeitsplatzsicherheit und Lohn sind derzeit die wichtigsten Fragen für die ArbeiterInnen. Die Welle von Entlassungen setzt sich infolge von Firmenbankrotten und Kapitalflucht ins Ausland bis jetzt kontinuierlich fort. Diese Probleme sind nicht nur in der Textil- und Bekleidungsindustrie spürbar, sondern auch im Bankensektor und bei den Beschäftigten in den Staatsunternehmen. Diese beiden Wirtschaftsbereiche erleben jetzt die Auswirkungen der Privatisierungs- und Restrukturierungsprogramme. Die Beschäftigten, die jetzt noch einen Arbeitsplatz haben, verfügen nicht über die Machtmittel, um den Kampf für einen höheren Lohn auf sich zu nehmen.

Die Jahre 1999 bis 2001 waren eine Periode, in der der Widerstand unter den ArbeiterInnen relativ stark war. Außerdem herrschte eine gewisse Euphorie wegen der gewerkschaftlichen Organisationsfreiheit. Das Tragische an dieser Periode war jedoch, dass Tausende von ArbeiterInnen ihren Job verloren haben. Die Aktionen dieser ArbeiterInnen wurden mit Entlassungen beantwortet. Die Unternehmer haben überall die wirtschaftliche Krise als Argument für die Entlassungen verwandt, obwohl sie in Wirklichkeit nicht wegen der allgemeinen Krise in Schwierigkeiten waren. Dies ist dadurch belegbar, dass sie nach zwei bis drei Monaten wieder neue ArbeiterInnen eingestellt hatten. Normalerweise haben Unternehmer im Falle einer Entlassung eine Abfindungszahlung zu leisten, was aber durch diver-

se Tricks vermieden werden kann. Zahlreiche Firmenbosse hatten wegen eines angeblichen Bankrotts geschlossen, um dadurch zu verhindern, dass die ArbeiterInnen noch etwas gegen den Rauswurf unternehmen konnten. Zwei Monate später wurde dann unter dem alten oder einem neuen Namen oder an einem anderen Ort innerhalb Indonesiens die Fabrik wieder eröffnet. Nach dieser Phase war der Widerstand der ArbeiterInnen nur noch schwach. Sie hatten Angst vor Kündigungen und ein Teil von ihnen bewertete die Situation eben so, dass die Bedingungen an ihrem jeweiligen Arbeitsplatz schlecht waren, weil die wirtschaftliche Lage insgesamt so schwierig wäre. So zogen sie es vor, ihre Aktionen für eine Verbesserung der Entlohnung einzustellen. In so einer Situation ist man schon gut dran, wenn man überhaupt noch einen Job hat.

Die Fürsorge beschränkt sich lediglich auf den Arbeitsplatzerhalt

Gleichzeitig befand sich auch die Regierung in einer Schwächephase, in der sie nichts für den Schutz der ArbeiterInnen leisten

konnte. Die Regierung hatte sich zu diesem Zeitpunkt dazu entschieden, das Vertrauen der Investoren zurück zu gewinnen bzw. wieder aufzubauen, indem günstige Rahmenbedingungen für Investitionen geschaffen wurden. Das Leid der ArbeiterInnen fand kein Gehör, der Arbeitsminister verkündete jedoch zu Beginn dieses Jahres (2003), dass keine Streiks mehr stattfinden sollten, um den Investoren Ruhe für ihre Unternehmen zu verschaffen. Die Regierung ebnet somit den Weg für das Kapital und nimmt die Forderungen der ArbeiterInnen nicht zur Kenntnis, in der Hoffnung, dadurch Arbeitsplätze schaffen zu können. Danach soll dann eine Wende eintreten, durch die auf umfassende Weise die Situation in der Arbeitswelt verbessert wird. Die Fürsorge für die ArbeiterInnen beschränkt sich lediglich auf den Erhalt von Arbeitsplätzen. So wiederholt sich für die ArbeiterInnen ein Dilemma, das sich in ähnlicher Weise bereits zu Beginn der Entwicklungsphase unter der Regierung der Neuen Ordnung Suhartos ereignet hatte. Damals konnten die Forderungen der ArbeiterInnen aufgrund der einseitigen Interessenwahrnehmung durch die Kapitalisten nicht abgedeckt werden. Die Entwicklung, mit deren Eintritt automatisch auch eine Verbesserung der Lage der ArbeiterInnen beginnen sollte, fand nicht statt. Auch dann nicht, als die Wirtschaft sich in einer ziemlich förderlichen Lage befand und die Arbeitsproduktivität gleichzeitig angestiegen war.

Die Gewerkschaften fangen nun nach vier Jahren Rückzug wieder mit Begeisterung an, sich erneut zu formieren. Die Auseinandersetzung mit technischen Problemen der Gewerkschaftsorganisation sowie die Konsolidierung der Mitgliedschaft, die Umsetzung des Organisationsmanagements, die Mobilisierung von Mitgliedsbeiträgen sowie weitere organisatorische Probleme haben viele Ideen verbraucht und die Energie der

Gewerkschaft sehr erschöpft und ausgelaugt. Auf der betrieblichen Ebene sind die ArbeiterInnen noch sehr apathisch. Man hat noch nicht richtig überlegt, wie man mit den negativen Auswirkungen der gesunkenen Kaufkraft und mit der wegen der ständigen Sorge um den Arbeitsplatz gestiegenen Reizbarkeit umgehen soll. Die derzeitige Tendenz innerhalb der Gewerkschaft geht eher dahin, die Stellung zu halten und einzulernen anstatt Widerstand zu leisten.

Ist die Kampagne für einen fairen Handel (Fair Trade) in Indonesien bekannt und beschränkt sich diese Bewegung nur auf den nationalen Rahmen oder sucht sie eine Verbindung mit der internationalen Fair Trade Kampagne? Was für eine Einschätzung haben die Gewerkschaften bzw. die Nichtregierungsorganisationen (NGOs), die im Gewerkschaftsbereich tätig sind, dazu?

Die Gewerkschaftsbewegung ist bereits auf indirekte Weise mit der Problematik des fairen Handels konfrontiert worden, denn man hat ja bereits wahrgenommen, dass von den negativen Auswirkungen des freien Handels die reichen Länder mehr Vorteile haben und profitieren.

Fair Trade noch kein Diskussionsthema

Doch ist sich die Gewerkschaftsbewegung nur zu einem sehr geringen Teil darüber bewusst, dass die Wurzel ihrer Probleme darin liegt, dass sie auf eine ungerechte Weise an den internationalen Handel angeschlossen sind. Die Gewerkschaft sieht die Wurzel des Problems der schlechten Arbeitssituation in der wirtschaftlichen Krise. Sie verstehen nicht, warum diese Krise entstanden ist, oder auch wie die Weltwirtschaft damit zusammen hängt, ob man sich gegenseitig nützt oder ob man sich gegenseitig ruiniert. Deshalb ist noch keine Diskussion und damit auch kein Bewusstsein über die Frage des Fair Trade aufgekommen, auch unter mit den Gewerkschaften partnerschaftlich zusammenarbeitenden NGOs steht das Thema Fair Trade in den Diskussionen noch nicht an der Spitze der Prioritätenliste.

Auf der internationalen Ebene hat sich das Thema des fairen

Handels bereits glanzvoll zu einer Kampagne für einen Verhaltenskodex entwickelt. Die arbeitsrechtlichen Instrumente in der *International Labour Organisation* (ILO)-Konvention und das nationale Recht eines Staates sind nur mit Schwierigkeiten durchzusetzen, weil der Staat oft durch die Kapitalseite erheblich daran gehindert wird. Das Interesse des Staates liegt mehr auf der Seite des Kapitals als auf der Seite der Arbeit. Eine Verbesserung für die Bedingungen in der Arbeitswelt lassen sich nur schwerlich durch das Implementieren von Rechtsvorschriften und das Kontrollieren mittels dieser beiden Rechtsinstrumente erhoffen. Damit entwickelt sich dieser Verhaltenskodex in der Tat zu einem alternativen Instrument, obwohl sein Gültigkeitsbereich auf die transnationalen Industrien beschränkt ist.

Dieser Verhaltenskodex sollte zu einem ethischen Standardkodex weiter entwickelt werden, der auch von Fabriken mit Unterverträgen überall befolgt werden muss. So kann dann deren Produkt zum ersten Mal auf dem Weltmarkt in den Industrieländern auftauchen. Interessanterweise wird gerade hier viel von den Branchenriesen wie NIKE, Adidas, Gap und anderen gesponsert. Diese Firmen gründen dann selbst Organisationen oder bezahlen sie, um zu kontrollieren, ob sich die betreffenden Firmen mit den Subkontrakten an die Beachtung des Verhaltenscodes

halten. Einige dieser Organisationen vergeben Zertifikate an die Produkte von Firmen, die bei der Kontrolle der Arbeitsbedingungen positiv abgeschnitten haben. Dieser Verhaltenscode kann zu einer Art Promotion oder Werbung für ein bestimmtes Unternehmen geraten und die Aufmerksamkeit der Konsumenten im Rahmen der internationalen Konkurrenz auf sich ziehen.

Selbst die *Welthandelsorganisation* (WTO) hat bereits eine »Sozialklausel« erstellt, die die soziale Verantwortung eines Unternehmens gegenüber den Beschäftigten zur Legitimation für die Zertifizierung eines Produkts macht. Dennoch ist die Sozialklausel in den Augen der GewerkschafterInnen nicht mehr als Kosmetik, um die Ausbeutung der ArbeiterInnen fest zu klopfen. Die Kampagne zur Sozialklausel oder zum Verhaltenskodex wird niemals einen wirklich fairen Handel voran bringen, solange die Gewerkschaften selbst noch keine starke Verhandlungsposition gegenüber dem Kapital besitzen. ●

Übersetzung aus dem Indonesischen von Antonius Larenz

